

an	ES	JO	KN				a/a
Datum							
Vize							
- 1. OKT. 1993							
Ref. / 07. 11. STICH							

Vortrag von Bundesrat Stich
vor der Swiss American Chamber of Commerce, New York City,
27. September 1993

Die Schweiz vor der Herausforderung globaler Veränderungen

Die ausgehenden achtziger und die frühen neunziger Jahre haben globale Veränderungen gebracht, die die Schweiz nicht unberührt lassen. Veränderungen verunsichern und lösen Zweifel aus, so auch bei den Schweizerinnen und Schweizern. Was an wirtschaftlichen und politischen Konstanten über Jahrzehnte Gültigkeit hatte, wurde in kurzer Zeit in Frage gestellt.

Vor allem zwei Prozesse liessen unser altes Koordinatensystem plötzlich obsolet erscheinen: Einerseits der Prozess der europäischen Einigung, der mit dem Maastrichter-Abkommen einen entscheidenden Schritt nach vorne zu machen schien, andererseits der Zusammenbruch der alten politischen Ordnung in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion.

Beiden Ereignissen war gemeinsam, dass sie nahezu gleichzeitig eintraten und von uns Antworten und Lösungen verlangen, die wir in ganz unschweizerischem Tempo erarbeiten müssen. Sie unterscheiden sich jedoch bezüglich der Haltung, die wir ihnen gegenüber eingenommen haben. Den Einigungsprozess in West- und Südeuropa hatten wir lange eher kritisch verfolgt, den Machtwechsel im Osten und das Ende des Ost-West-Gegensatzes haben sich die Schweizer demgegenüber sehnlichst herbeigewünscht, aber kaum so plötzlich erwartet.



1. Die Herausforderung der europäischen Einigung

Das Auf und Ab des europäischen Einigungsprozesses wurde nicht selten mit Schmunzeln beobachtet. Trotz - oder vielleicht gerade wegen des im Jahre 1972 unterzeichneten Freihandelsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft hatten wir Zweifel an der Notwendigkeit, uns am europäischen Einigungsprozess zu beteiligen. Erst als sich die Idee des Binnenmarktes durchsetzte, konnte sich unser Land der Integrationsdynamik nicht mehr entziehen.

Der Binnenmarkt war ursprünglich nur für die EG-Mitglieder gedacht. Mit dem Konzept des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) wurde jedoch auch für Nichtmitglieder die Möglichkeit geschaffen, sich an den wirtschaftlichen Vorteilen des Binnenmarktes zu beteiligen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist der Versuch der schweizerischen Regierung, die Schweiz in den EWR zu führen, sowohl am Volks- wie auch am Ständemehr gescheitert.

Im vergangenen Februar hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens unterbreitet. Er schlägt darin einen doppelten Ansatz vor:

- Aussenpolitisch will er eine Isolation der Schweiz vermeiden, indem er gegenwärtig alles unternimmt, um den Ausbau der bilateralen Beziehungen mit der EG und den übrigen EWR-Staaten voranzutreiben. Damit hält sich der Bundesrat die Möglichkeit eines späteren EWR-Beitritts offen; auch die Option des Beitritts zur EG bleibt damit auf längere Frist gewahrt.

Wir müssen aber davon ausgehen, dass die EG vor dem Abschluss der Verhandlungen mit den beitrittswilligen Kandidaten keine ernsthafte Gespräche mit der Schweiz führen wird. Vorgängige Konzessionen schweizerischerseits sollten daher auch tunlichst vermieden werden.

- Im Vordergrund des Folgeprogramms stehen daher die von der Schweiz unmittelbar beeinflussbaren Rahmenbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft. Die Vorschläge des Bundesrates an das Parlament wurzeln in der

Ueberzeugung, dass eine Intensivierung des Wettbewerbs das beste Mittel ist, um die Wirtschaft zu stärken und zu dynamisieren.

So sollen unter anderem ein griffigeres Wettbewerbsrecht geschaffen, die Zulassung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte weitgehend liberalisiert und in wichtigen Bereichen, wie dem öffentlichen Einkaufswesen und den technischen Normen, ein eurokompatibler "Binnenmarkt Schweiz" verwirklicht werden. Von besonderer Bedeutung ist auch die vorgesehene Entschlackung staatlicher Vorschriften und die Beschleunigung administrativer Verfahren.

2. Die Herausforderung der osteuropäischen Transformation

Die zweite grosse Herausforderung für die Schweiz bilden die wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse im Osten Europas. Seit dem Mauerfall in Berlin und der sanften Revolution im europäischen Osten bemühen sich die dortigen Staaten, demokratische Verhältnisse zu etablieren und marktwirtschaftliche Systeme einzurichten. Vieles steht noch auf wackligen Füßen, wenn auch einige dieser Länder bereits beachtliche Fortschritte verzeichnen können.

Inzwischen ist klar geworden, dass der Transformationsprozess viel länger dauern wird, als ursprünglich angenommen. Auch weiss man heute, dass eine Schocktherapie nicht zwangsläufig und unmittelbar zum Erfolg führt. Gewiss ist nur, dass die demokratischen und marktwirtschaftlichen Experimente zum Erfolg verurteilt sind, denn ihr Scheitern würde zu Unruhen, Bürgerkriegen, Elend und Hunger führen und vermutlich eine Migrationswelle in Richtung Westeuropa auslösen.

Es liegt auf der Hand, dass alle westeuropäischen Staaten - und somit auch die Schweiz - aufgerufen sind, in ihrem eigenen Interesse den Transitionsländern bei ihrem schwierigen Uebergang von der Plan- zur Marktwirtschaft

und von der Diktatur zur Demokratie zu helfen. Ebenso klar ist auch, dass die einzelnen Länder nur wenig ausrichten können und es somit der internationalen Zusammenarbeit bedarf.

Eine prominente Rolle in dieser Zusammenarbeit spielen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Morgen beginnen sie ihre gemeinsame Jahrestagung in Washington. An der Jahresversammlung vor einem Jahr war es der Schweiz gelungen, einen Sitz in den Exekutivräten von IWF und Weltbank zu erhalten, dies zusammen mit fünf Ländern, die aus dem früheren Ostblock hervorgegangen sind. Es sind dies Aserbeidschan, Kirgistan, Polen, Turkmenistan und Usbekistan. Diese Ländergruppe nimmt zudem die Interessen von Tadschikistan wahr.

Auch wenn die Zusammensetzung der Ländergruppe einige kritische Bemerkungen ausgelöst und unserem Land den Uebernamen "Helvetistan" eingebracht hat, so bin ich doch mehr denn je davon überzeugt, dass es ein richtiger Entscheid war, mit diesen Staaten zusammen eine Ländergruppe zu bilden. Dies ist ein kleiner Beitrag dazu, diesen Ländern den Einstieg in die Weltwirtschaft und das internationale Währungs- und Finanzsystem zu erleichtern. Aber auch für uns ist die tägliche Auseinandersetzung mit den Problemen dieser Länder von grossem Wert. Denn nur so können wir ein Gefühl dafür bekommen, welche immensen Aufgaben diese Staaten gegenüberstehen.

Dabei zeigen sich immer wieder die Schwierigkeiten, die diese Staaten haben, die erforderlichen Massnahmen umzusetzen. Es liegt auf der Hand, dass sie ihre Situation nur dauerhaft verbessern können, wenn sie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, die für eine moderne Volkswirtschaft nötig sind.

Ich kann aber nicht verheimlichen, dass auch wir im Westen unsere Hausaufgaben gegenüber diesen Staaten nur teilweise machen. Dies kommt etwa darin zum Ausdruck, dass die polnische Regierungschefin Suchocka vor kurzem einen dringenden Appell an die westlichen Länder richtete, ihre Märkte für osteuropäische Produkte zu öffnen.

Denn trotz der kürzlich abgeschlossenen Freihandelsverträge stossen die Exporte dieser Staaten immer noch auf protektionistische Hürden.

Dass diese Staaten ihrem Unwillen zunehmend Luft verschaffen, ist verständlich. Denn sie verstehen sich als Teil Europas und verlangen daher immer deutlicher, dass man ihnen die Perspektive eröffnet, sich in dieses Europa einzugliedern, und sie möchten wissen, in welchem Zeithorizont sich diese Eingliederung vollziehen lässt.

3. Von der Revolution im Osten zum Umbruch der Institutionen im Westen?

Damit schliesst sich der Kreis zwischen der europäischen Integration und dem Transformationsprozess im Osten. Professor Thürer, Direktor am "Europa-Institut Zürich", hat in einem NZZ-Artikel¹ die Frage gestellt, ob "sich die europapolitischen Energien zurzeit nicht in der (technischen) Perfektionierung des Binnenmarktes zu erschöpfen scheinen, während die Verantwortlichen achselzuckend und hilflos zuschauen, wie allen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zum Trotz, im früheren Jugoslawien Genozid und Holocaust übelster Art aufs neue grassieren ...".

Nach Professor Thürer scheint das Brüsseler Modell heute in verschiedener Hinsicht fragwürdig zu sein. Er befürchtet, dass der linear fortgeführte Einigungsprozess Europa "weltblind" mache und letzten Endes in einen Superbundesstaat alten Stils umschlage. Die Alternative sieht er in einem "Netzwerk Europa", also in der Verwirklichung alter "paneuropäisch-föderativer Ideen".

¹ Europäisches und weltweites Verfassungsdenken. Krise und Relevanz des institutionellen Europas?; NZZ vom 18.5.1993, Nr. 113

Daraus lassen sich folgende Imperative ableiten:

- Anstatt die Perfektionierung des Binnenmarktes voranzutreiben, sollte eine entschiedene Oeffnung nach Osten vollzogen werden.
- Ausserdem wäre eine polyzentrische Ordnung für Europa als Alternative zur traditionellen EG-Konstruktion der "géométrique unique" zu entwickeln.

Jene unter Ihnen, die die schweizerische Staatsform kennen wird es nicht erstaunen, dass solche Gedanken aus der Schweiz stammen. Ganz allgemein ist aber erkennbar, dass die Völker Westeuropas den supranationalen Strukturen in zunehmendem Masse skeptisch gegenüberstehen. Es wäre daher nicht überraschend, wenn sich Europa, insbesondere unter dem Einfluss der umwälzenden Ereignisse im Osten in seiner Integrationsform institutionell erneuern müsste.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Anschluss an die umwälzenden Ereignisse im ehemaligen Ostblock ist aber auch etwas anderes offenkundig geworden: Das marktwirtschaftliche System steht vor einer neuen Bewährungsprobe. Es müssen nicht nur Antworten auf die rekordhohe Arbeitslosigkeit (allein in den OECD-Staaten sind rund 32 Millionen Menschen ohne Beschäftigung) und die drängenden ökologischen Probleme gefunden werden; den Staaten von Ostmitteleuropa und der ehemaligen Sowjetunion muss ein Weg in die Weltwirtschaft gewiesen werden.

4. Konsequenzen für die Schweiz

Welches sind die Konsequenzen meiner Ausführungen für die Schweiz? Eines ist sicher: Sie darf sich nicht in der Hoffnung wiegen, Europa werde sich automatisch auf eine "grosse Schweiz" hinentwickeln und wir hätten somit keinen Handlungsbedarf im eigenen Land. Die integrationspolitischen Analysen und Debatten in unserem Land haben in brutaler Weise offengelegt, dass weder wirtschaftliche noch gesellschaftliche Errungenschaften ein Dauerzustand sind, sondern immer wieder neu erschaffen werden müssen.

- 7 -

Sie haben uns gezeigt, dass die traditionellen Wettbewerbsvorteile der Schweiz nicht auf alle Zeiten gesichert sind und die wirtschaftliche Rezession, in der auch unsere Volkswirtschaft steckt, hat offengelegt, dass wir keine "Insel der Glückseligen" mehr sind.

Und dennoch bin ich zuversichtlich, dass es der Schweiz gelingen wird, einen Weg zu finden, um die Herausforderungen dieser Zeit zu meistern und den hohen Lebensstandard zu halten. Im Moment sind das hohe Budgetdefizit und die hohe Verschuldung unsere grösste Herausforderung. Ich traue den Schweizerinnen und Schweizern nach wie vor zu, dass sie - wenn auch in gewohnt pragmatischer Weise - sich anzupassen wissen. Ich bin auch davon überzeugt, dass die schweizerische Industrie Mittel und Wege finden wird, ihre starke Verankerung im aussereuropäischen Raum noch auszubauen.

Denn eines scheint mir wichtig zu sein: auch wenn, wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, Europa uns im wörtlichen Sinn "nahe" liegt, so wäre es gefährlich, sich allein auf diesen Kontinent auszurichten. Die Welt ist kleinräumig geworden, und eine einseitige Ausrichtung würde sich früher oder später negativ auf unser Land auswirken. Uns allein auf Europa auszurichten, würde die Gefahr beinhalten, wirtschaftlich den Anschluss zu verpassen. Dass dies gegenüber den Vereinigten Staaten nicht geschieht, dafür werden Sie als Handelskammer sicher sorgen.

Ich möchte meine Ausführungen schliessen mit den Worten des Dankes für Ihre Einladung, die ich mit Freuden angenommen habe und für die Aufmerksamkeit, die Sie meinen Ausführungen entgegengebracht haben.